

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2008



Der Staat legt nach: Das Milliarden-Euro-Programm

Die Finanzkrise zieht ihre Kostenspuren nicht nur durch die Bilanzen von Banken und Fonds. Die Bundesregierung hat jetzt ein Konjunkturprogramm mit dem Finanzvolumen von – je nach Inanspruchnahme – fünf bis zwölf Milliarden Euro beschlossen, um die Folgen der Finanzkrise in der produzierenden Wirtschaft abzufedern.

Im Unterschied zum „Rettungsprogramm“ für die Finanzwirtschaft ist das Konjunkturprogramm von den meisten Ökonomen kritisiert worden. Das Rettungsprogramm hat sozusagen wie ein positiver Rettungsschock gewirkt. Die Ankündigung, die Guthaben der Sparer würden vom Staat garantiert, hat den befürchteten Ansturm auf die Schalter der Banken und Sparkassen verhindert. Das hat für Ruhe gesorgt, wenn damit auch nicht alle Folgen der Finanzkrise schon behoben sind.

Dem Konjunkturprogramm geben Ökonomen dagegen schlechte Noten. In der Tat handelt es sich wieder einmal um eine bunte Zusammenstellung zur Erfüllung lange bekannter Ressortwünsche: Förderung des Kaufs umweltfreundlicher Autos; Beihilfen zur Häuserdämmung, um Heizenergie zu sparen; günstigere Abschreibungsregeln für Investitionen quer durch die Branchen.

Das alles addiert sich zu Summen, mit denen ebenso eine – wenn auch zunächst zeitlich befristete – allgemeine Steuersenkung finanziert werden könnte. Gegen die aufziehende Gefahr einer Rezession versprechen sich Ökonomen unterschiedlicher „Schulen“ von einer solchen Steuersenkung mehr als von der Sonderaktions-Liste. Steuersenkungen bewirken alleine zwar noch keine Wachstumswunder, aber sie können die Nachfrage mindestens vorübergehend stützen. Darauf käme es gerade jetzt an. Sicherlich darf eine solche Rechnung nicht die Belastung der öffentlichen Haushalte vernachlässigen. Dennoch ist es nicht gleichgültig, für welche Maßnahmen der Staat den Schuldenabbau unterbricht.

Hans D. Barbier

Stipendiaten: Eher selten

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung gibt in diesem Jahr 113,2 Millionen € für Stipendien an die elf staatlich finanzierten Begabtenförderungswerke, darunter die Förderungswerke der parteinahen Stiftungen. Von Stipendien profitieren allerdings nur wenige Studenten: Inzwischen erhalten 0,9 Prozent – zurzeit knapp 18 000 Studierende – ein Stipendium über die Begabtenförderungswerke. Etwas mehr als ein weiteres Prozent erhalten ein Stipendium aus anderer Quelle, denn neben den staatlich finanzierten Förderungswerken gibt es 1 750 Stiftungen, die Studierende unterstützen. Insgesamt sind das für zwei Millionen Studierende in Deutschland rund 40 000 Stipendien.

Über die von Unternehmen vergebenen Stipendien gibt es keine verlässlichen Angaben. Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft will demnächst eine Studie dazu vorlegen.

www.bmbf.de/de/846.php

Höhere BAföG-Zahlungen

Rund 2,2 Milliarden € wendete der Staat im Jahr 2007 für Leistungen nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz – kurz: BAföG – auf, das Kindern aus weniger begüterten Familien den Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten ermöglichen soll. Der Bund übernimmt zwei Drittel der

Summe, den Rest die Bundesländer. Von knapp zwei Millionen Studenten profitieren 500 000 von BAföG-Zahlungen.

Anders als ein Stipendium ist das BAföG eine Sozialleistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht: Es ist zum Beispiel für Studierende an die generelle Befähigung zum Studium, nicht an besondere Leistungen gebunden. Mit Beginn des Wintersemesters 2008/2009 gelten neue Fördersätze, die Bedarfssätze wurden um zehn Prozent angehoben. Der maximale monatliche Förderbetrag für Studierende ohne Kind verbessert sich auf 643 €. Seit 2002 lag der Fördersatz bei 585 €, im Durchschnitt erhielt ein geförderter Student 372 € monatlich.

www.bmbf.de/press/2379.php

Bildungsgipfel ohne Folgen?

In einer Umfrage des „Bildungsbarometers“ geben 66 Prozent der befragten Eltern der Bildungspolitik ein schlechtes Zeugnis: Sie sind der Meinung, dass die propagierten Ergebnisse des Bildungsgipfels von Ende Oktober 2008 nur ein Sammelsurium längst beschlossener Maßnahmen sind. 71 Prozent meinen, dass der Gipfel eine PR-Kampagne für Bundeskanzlerin Angela Merkel war. 45 Prozent sind überzeugt, dass Bildungsgipfel unnötig wären, würden Bund und Länder enger zusammenarbeiten. Rund 82 Pro-

zent der Befragten gehen davon aus, dass sich an der Bildungssituation in Deutschland auch nach diesem Gipfel nichts ändern wird.

www.vep-landau.de/Bildungsbarometer.htm

Mehr Steuereinnahmen, höhere Staatsausgaben

Finanzminister und Stadtkämmerer konnten in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 vier Prozent mehr Einnahmen – das waren insgesamt 507 Milliarden € – gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 verbuchen. Allerdings sind auch die öffentlichen Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen, und zwar um 2,1 Prozent auf knapp 514 Milliarden €. Das „kassenmäßige Finanzierungsdefizit“ von 6,9 Milliarden € im ersten Halbjahr 2008 lag deutlich unter dem Defizit des Vorjahreszeitraums: Damals betrug die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben 14,9 Milliarden €.

Die finanzielle Lage der „Gebietskörperschaften“ verbesserte sich deutlich: Im ersten Halbjahr 2008 erreichten die Bundesländer (3,8 Milliarden €) sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände (2,9 Milliarden €) sogar Finanzierungsüberschüsse. Der Bund erzielte dagegen erneut ein Finanzierungsdefizit (11,6 Milliarden €), das 3,6 Milliarden € unter dem des ersten Halbjahres 2007 lag. Gegenläufig entwickelte sich das Defizit der Sozialversicherungen: Die Sozialkassen hatten im ersten Halbjahr 2008 ein Minus von 2,0 Milliarden € (1. Halbjahr 2007: 0,5 Milliarden €).

www.destatis.de/

Wirtschaft und Bildung

Je komplizierter die Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft werden, desto wichtiger ist eine allgemeine Bildung, mit der der Einzelne die Anforderungen meistert. Diese Erkenntnis ist mindestens fünfzig Jahre alt, Ludwig Erhard hat bereits 1957 darauf hingewiesen:

Wirtschaft und Bildung als eigenständige Bereiche im gesellschaftlichen und staatlichen Leben haben mehr gemeinsame Ziele, denen sie dienen, als es auf den ersten Blick und bei nur oberflächlicher Betrachtung scheinen mag. Zwar entspringen die Antriebe für das ökonomische Handeln und für die Bildungsbemühungen verschiedenen Wurzeln. Ebenso sind die Aufgaben und Ziele dieser Sachbereiche nach eigenen Leitideen, Ordnungsgesetzen und Wertvorstellungen ausgerichtet. In einem geordneten staatlichen Leben stehen aber die Lebens- und Kulturbereiche – wie Wirtschaft, Bildung, Verwaltung, Elternhaus – nicht beziehungslos nebeneinander, sondern ihre Verflochtenheit untereinander und die gegenseitige Befruchtung zu höherer Leistung, die dem Einzelnen und der Gesamtheit zugute kommen, werden überall sichtbar.

Wirtschaft und Bildung haben, obwohl sie sich den höheren gemeinsamen Aufgaben und Zielen der Staats- und Gesellschaftsführung organisch einfügen, zunächst die ihnen immanenten Leitziele zu verwirklichen und den ihnen zugeordneten typischen Aufgaben im Zusammenspiel der Kräfte zu dienen. Es wäre also falsch, wollte man etwa die Ziele der „Bildung des Menschen“ aus ökonomischen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Bedürfnissen ableiten. Dieses

Beginnen würde zur Verflachung und geistigen Verarmung, zum Pragmatismus, ja zum Materialismus führen.

Ebenso falsch wäre es, würden die Erziehungs- und Bildungsbemühungen der allgemeinbildenden Schulen, der Berufs-, Fach-, Hochschulen und Universitäten den im Bereich der Wirtschaft sichtbar werdenden Bedarf an Kräften und Führungspersönlichkeiten und die soziale und sittliche Wertung der Wirtschaft und der Arbeit in ihr ignorieren und „Bildung der Bildung wegen“ betreiben.

(...)

Die besondere Betonung des Wertes der Wirtschaft als wichtigen Teilbereich der Kultur ist deshalb notwendig, weil ein übersteigertes humanistisches Bildungsdenken bisher vielfach die Möglichkeit echter Erziehung und Bildung des Menschen für wirtschaftliche Aufgaben und an Bildungsgütern, die dem Bereich der Technik und Wirtschaft entnommen wurden, leugnete. Ebenso wurden in der Vergangenheit der wahre Sinn und das Wesen der Wirtschaft sowohl durch die Theorien des frühen Kapitalismus als auch des historischen Materialismus verkannt und entstellt. Damit wurden im öffentlichen Denken eine Unterbewertung und Mißdeutung des wirtschaftlichen Handelns und der wirtschaftlichen Aufgaben eingeleitet, die sich bis in die

Gegenwart hinein schädlich auswirken.

Fasst man den Begriff der Bildung so weit, dass darunter nicht nur das bewusste und planmäßige erzieherische Handeln in Schulen und öffentlichen Bildungsstätten, sondern auch die bildende und erziehende Wirkung der für die Persönlichkeitsformung entscheidenden Lebenssituationen verstanden wird, dann ist die Wirtschaft ein Bildungs- und Erziehungsraum von beachtlichem Umfang und beträchtlicher persönlichkeitsformender Kraft und Wirkung.

(...)

Hunderttausende Jugendliche stehen ständig in einer systematischen Lehrausbildung in den Bereichen des Handwerks, des Handels und der Industrie, in denen sie einen entscheidenden und wichtigen Erziehungs- und Bildungsabschnitt durchlaufen, der für die spätere Entwicklung bestimmend ist. Groß ist die Zahl der betrieblichen und der von der Wirtschaft eingerichteten und unterhaltenen überbetrieblichen Lehreinrichtungen, wie Fachkurse, Ausbilderseminare und technische Fachschulen, die der Fortbildung der jungen Fachkräfte und der Heranbildung von qualifizierten Führungskräften dienen.

Namentlich die Soziale Marktwirtschaft, deren tiefer Sinn darin liegt, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit



„Es ist erkennbar, dass niemand mehr um das Thema Bildung herum kommt.“

Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung

dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden, ist, wenn sie zum Segen aller erfolgreich sein soll, auf umfassende Ausbildung, Bildung und Erziehung der Fachkräfte und Unternehmer, die in ihrer täglichen Arbeit und in ihrem beruflichen Schaffen im Raum der Wirtschaft einen entscheidenden Teil ihrer Aufgaben und ihrer Daseinserfüllung sehen, angewiesen.

Erst eine sorgfältig und verantwortungsbewusst geleitete Bildung und Erziehung, die systematische Schulung des Könnens und Wissens, die Weckung der Geistesgaben und Geisteskräfte, die es ermöglichen, größere Zusammenhänge zu überschauen, die Pflege der Willens- und Charaktereigenschaften, die den Menschen befähigen, in freiwillig übernommener Pflichterfüllung Verantwortung zu tragen, verbürgen ein Heranreifen jener gefestigten Persönlichkeiten, die gewillt sind, sich im freien Wettbewerb der Kräfte zu messen und zu bewähren.

Der Erfolg der Wettbewerbswirtschaft hängt nicht zuletzt vom Können und vom Leistungs- und Wettbewerbswillen der Menschen in der Wirtschaft ab, von ihrer fachlichen, geistigen und charakterlichen Qualifikation. Je moderner und fortgeschrittener Wirtschaft und Technik sind, umso breiter und tiefer müssen Bildung und Erziehung der Menschen angelegt und ausgerichtet sein, damit der Fortschritt uns nicht erdrückt, sondern wir ihn bewältigen, zum Segen für alle.

Je komplizierter die technischen Apparaturen und das Zusammenspiel der Kräfte der Wirtschaft werden, umso höher wachsen die Anforderungen, die auf manuellem, geistigem und auch auf charakterlichem Gebiet an den Menschen gestellt werden, umso mehr erfordert die Wirtschaft Persönlichkeiten, die nur in einer umfassenden Bildung und Erziehung geformt werden können.

(...)

Die gegenwärtige Lage wird durch die wachsende Bedeutung der Naturwissenschaften und durch den schnellen technischen Fortschritt bestimmt. In der Automatisierung der Arbeitsprozesse in Wirtschaft und Verwaltung werden heute vielfach die Anfänge einer Entwicklung gesehen, deren wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Folgen mit tragischen Erinnerungen an soziale Schwierigkeiten verknüpft sein können, wie sie mit dem Aufkommen der Maschine und der Industrialisierung im 19. Jahrhundert verbunden waren.

Weitreichende Konsequenzen werden sich allerdings auch für die Gegenwart ergeben, wenn wir die Zukunft meistern wollen. Aber es wäre falsch, wollten wir in der wirtschaftlichen Dynamik und der sich wandelnden technischen Welt Zeichen der Zerstörung der bestehenden Lebensordnungen erkennen. Ebenso wenig sind in naher Zukunft revolutionäre Umschichtungen in der Arbeits- und Wirtschaftswelt, Erschütterungen der bestehenden Wirtschaftsordnungen oder eine Sprengung des sozialen und kulturellen Gefüges der mensch-

lichen Gemeinschaften zu erwarten. Denn der Ablauf dieser Entwicklung wird sich nicht in ungezügelter Dynamik und in unkontrollierbarem Tempo vollziehen.

Es handelt sich hierbei nicht um eine revolutionäre Aktion, deren Ablauf jeder Kontrolle entzogen ist, sondern um einen nicht terminierten Prozess, der in der gesellschaftspolitischen Situation, in der wir uns befinden, nicht als Gefahr, sondern als Aufgabe erkannt werden sollte.

(...)

Moderne Technik befreit den Menschen von der Monotonie und der Last schwerer körperlicher Arbeit, vom geisttötenden Einerlei mechanischer Tätigkeiten. Sie ist ein Mittel, die Arbeit zu erleichtern und die tägliche Arbeitszeit auf die Dauer zu verkürzen, den Wohlstand für alle zu heben und den Raum für Freizeit und Muße zum Menschsein in Freiheit und sozialer Sicherheit auszuweiten. Freilich stellt sich die Frage, was zu tun ist, um diese sich anbietenden Kräfte zu nutzen und das neue Gesellschaftsbild zu realisieren, das sich für die Zukunft abzeichnet. Den stetigen Wandel der materiellen und geistigen Lebensbezüge, der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensform in einer sich ständig verändernden technischen Welt erfährt der Mensch der Gegenwart mit einer Dynamik wie nie zuvor, die sich auch in der Zukunft noch verstärken wird. Hier wird die Erkenntnis deutlich, dass das Problem der Bildung unseres Volkes schicksalhaft ist für den Ablauf und die Folgen dieser technischen und wirtschaft-

lichen Entwicklung. Es kann sich dieser Entwicklung gegenüber nur behaupten und sie meistern, wenn es durch eine - auf diese sich wandelnde Zukunft - ausgerichtete Bildung und Erziehung vorbereitet wird.

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird mehr und mehr fühlbar. In Denkschriften wird auf den Mangel an Technikern, Ingenieuren und Forschern hingewiesen. Überall bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass auch in der Zukunft nicht Automaten und Elektronengehirne, sondern Köpfe das Schicksal der Menschen und Völker bestimmen werden. Diese können aber nicht produziert, sondern nur auf dem Wege einer weltweiten, umfassenden Bildung geformt werden. Der technische Fortschritt im Bereich der Wirtschaft wird mehr und mehr auch zu einem bildungspolitischen Problem. Er verlangt mit gebieterischer Notwendigkeit für alle Bildungsbemühungen eine Verstärkung des geistigen Kontaktes zur Technik und Wirtschaft, was freilich nicht mit einer Technisierung der Bildung und des Menschen verwechselt werden darf. Bildung hat immer und zuerst den Menschen in allen seinen Anlagen, die auf Geist, Wille und Charakter gerichtet sind, im Auge zu haben. Das gilt auch für Bildungsaufgaben, die aus wirtschaftlicher Sicht als notwendig erkannt werden.

Ludwig Erhard

in: Der Volkswirt vom 17. Aug. 1957;
Wiederabdruck in: Karl Hohmann,
Gedanken aus fünf Jahrzehnten,
Düsseldorf 1988



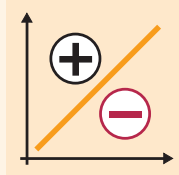
„Angesichts der Finanzkrise werden wir auch auf dem Arbeitsmarkt so manchen Sturm aushalten müssen. Aber wir können das schaffen, weil wir unseren Arbeitsmarkt wetterfester gemacht haben.“

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales

IM KLARTEXT

November 2008

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕
Die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) offiziell gemeldete Arbeitslosenzahl ist im Oktober um 84 000 auf 2,997 Millionen gesunken. Damit wurde erstmals seit 1992 die Drei-Millionen-Marke knapp unterschritten. Besonders erfreulich: Sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern hat sich die Zahl der Menschen ohne Arbeit verringert.

Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der BA, erklärte den anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allem mit

dem konjunkturbedingten Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Geholfen habe außerdem ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot. Rückläufig ist allerdings auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen.

Eigenverantwortung

⊖ Ein gutes Drittel der Bevölkerung ist überzeugt, dass die gesetzliche Rente nicht sicher ist. Der Aufbau einer privaten Vorsorge könnte in diesem Fall für mehr Sicherheit sorgen. Was nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und den Kosten der privaten Lebensführung bei einzelnen Privathaushalten zum Sparen übrig bleibt, hängt aber zweifellos von der Einkommenshöhe ab.

Eine Umfrage der HDI-Versicherung hat ergeben, dass fast 50 Prozent der Verbraucher monatlich einen Betrag von 25 € und mehr zur freien Verfügung haben, den sie sparen könnten – beispielsweise für einen privaten Rentenversicherungsvertrag. Aktuell beabsichtigen allerdings lediglich drei Prozent der Befragten, eine zusätzliche private Alters-

Altersvorsorge

Mögliche Monatssparbeträge für eine private Rente

mehr als 200 €	6 %
100 € bis 200 €	7 %
50 € bis 100 €	14 %
25 € bis 50 €	13 %
bis 25 €	8 %
0 €	36 %
keine Angaben	16 %

Quelle: HDI-Gerling

vorsorge zu beginnen. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren: Angst vor Rezession und Arbeitslosigkeit, neuen Belastungen durch die gesetzliche Krankenversicherung im kommenden Jahr, mangelndes Vertrauen in Banken und Versicherungen.

Weitaus problematischer: Ein gutes Drittel der Befragten kann überhaupt nichts sparen, der Rest machte keine Angaben zu Sparverhalten und -vorhaben.

Geldwertstabilität

⊕ Die Finanzagentur des Bundes erlebte in den vergangenen Wochen einen Ansturm auf vom Staat ausgegebenen Tagesanleihen: Vor dem 15. Sep-

tember 2008 – dem Tag der Pleite bei der amerikanischen Bank Lehman Brothers – wurden im Durchschnitt sechs bis zehn Millionen Euro täglich in Tagesanleihen angelegt; in den Tagen danach stieg der Absatz auf rund 100 Millionen am Tag.

Gemessen an allen Spareinlagen liegt rund die Hälfte des ersparten Vermögens bei den Sparkassen, weitere 28 Prozent haben ihr Geld den Genossenschaftsbanken anvertraut. Durch die Verwurzelung in der Region scheint vielen Sparern das Ersparte dort besonders sicher. Insgesamt ist festzustellen: Risikoärmere Geldanlagen sind aktuell gefragt, um Vermögensverluste – und damit letztlich Kaufkraftverluste – zu vermeiden.

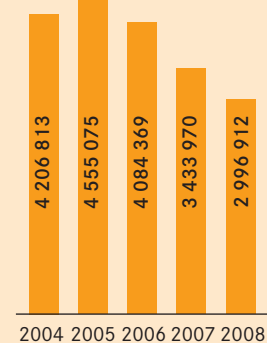
Spareinlagen

Von 532 Milliarden € Spareinlagen verwaltet (Stand August 2008):

Sparkassen	50 %
Genossenschaftsbanken	28 %
Großbanken	12 %
Regionalbanken	8 %
Auslandsbanken	3 %

Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslose



jeweils Oktober
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa (innen), BMin Arbeit und Soziales
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard